

Zur Ethik des staatlichen Geldes. Eine kritische Bestandsaufnahme

Von Thorsten Polleit

Zur Ethik des staatlichen Geldes. Eine kritische Bestandsaufnahme

Von Thorsten Polleit

I. Geldentstehung

In seinem Buch «Grundsätze der Volkswirtschaftslehre» aus dem Jahr 1871 legt der österreichische Ökonom Carl Menger (1840–1921) eine Theorie der Geldentstehung dar. Er argumentiert, dass das Geld spontan im freien Markt entstanden ist, aus den freiwilligen Entscheidungen der Marktakteure, und dass es aus einem *Sachgut* entstanden ist. Die Menschen, ausgestattet mit einer Mindestvernunft, erkennen, dass sie sich durch Arbeitsteilung besser stellen. Die damit verbundene Spezialisierung macht Tauschen notwendig. Der Tausch Güter gegen Güter ist möglich, aber mühselig. Das Tauschen wird ganz erheblich vereinfacht, indem die Menschen ein indirektes Tauschmittel verwenden. Dasjenige Gut, das die weiteste Verbreitung als indirektes Tauschmittel erlangt, wird quasi zum Geld erkoren.

Menger hatte seine Gedanken zur Geldentstehung wie folgt formuliert: «Das Geld ist keine staatliche Erfindung, nicht das Product eines legislativen Actes und die Sanction desselben Seitens der staatlichen Autorität ist demnach dem Begriffe des Geldes überhaupt fremd. Auch die Existenz bestimmter Waaren als Geld hat sich naturgemäss aus den ökonomischen Verhältnissen herausgebildet, ohne dass die staatliche Einflussnahme hiebei erforderlich gewesen wäre.»¹ Bemerkenswert ist also der Hinweis, dass das Geld ohne Zutun des Staats entstanden ist, dass es ein reines Marktphänomen ist – eine Einsicht, die heutzutage in der modernen Volkswirtschaftslehre gewissermassen übergangen, wenn nicht gar verschwiegen wird.

Ludwig von Mises (1881–1973) gibt nachfolgend Mengers Theorie der Geldentstehung die (praxeo-)logische Begründung² – und weist damit die populäre Auffassung

Dr. Thorsten Polleit ist Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth (thorsten.polleit@uni-bayreuth.de). Dieser Beitrag wurde veröffentlicht in: Ethik von Banken und Finanzen, Manfred Stüttgen (Hg.), Religion – Wirtschaft – Politik, Band 17, Theologischer Verlag, Zürich, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2017, S. 537 – 555.

¹ Menger, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 259. Es ist anzumerken, dass sich in Wissenschaft und öffentlicher Meinung nicht Mengers Theorie der Geldentstehung durchgesetzt hat, sondern die Theorie, die der deutsche Ökonom Karl Friedrich Knapp (1842–1926) in seinem Buch «Staatliche Theorie des Geldes» (1905) verbreitet hat. Knapp schreibt (S. 1): «Das Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung» – und steht folglich in unvereinbarem Widerspruch zu Mengers Theorie.

² Der Begriff «Praxeologie» steht für die Lehre des menschlichen Handelns. Die Praxeologie nimmt ihren Ausgangspunkt aus dem nicht widerlegbaren, apodiktischen wahren Satz: «Der Mensch handelt». Aus ihm lassen sich im Zuge der logischen Deduktion weitere wahre Sätze und Kategorien ableiten.

zurück, das Geld sei eine staatliche Erfindung: «Die Auffassung des Geldes als eines Geschöpfes der Rechtsordnung und des Staates ist somit unhaltbar. Keine Erscheinung des Marktes rechtfertigt sie.»³ Mit seinem Regressionstheorem weist Mises nach, dass das Geld aus einem Sachgut entstanden sein *muss*.⁴ Denn ein Gut muss, damit es überhaupt zum Geld aufsteigen kann, zuvor einen nicht-monetären Marktpreis gehabt haben.⁵ Das Vorhandensein eines Marktpreises, den ein bisher ausschliesslich für nicht-monetäre Zwecke verwendetes Gut hatte, bildet den Ausgangspunkt, damit das Gut in die monetäre Verwendung überführt werden kann.

Aus eben diesem Grund lässt sich z. B. Geld nicht «einfach so» schaffen. Würde ich z. B. bunt bedruckte Zettel mit der Aufschrift «100 Polleits» zum Tausch gegen ein paar Schuhe oder einen Laptop anbieten, so werden die Polleits sich nicht als Geld – als allgemein akzeptiertes Tauschmittel – etablieren.⁶ Warum? Weil niemand weiss, was der Tauschwert der «100 Polleits» ist. Keiner, der bei vollem Verstand ist, würde sie als Geld akzeptieren. Derjenige, dem «100 Polleits» im Tausch gegen Güter angeboten werden, müsste zudem befürchten, dass der Emittent der «Polleits» beliebig viele «Polleits» produzieren und herausgeben kann. Niemand würde so etwas als Geld halten wollen, wenn er die Freiheit hat, andere, aus seiner Sicht geeignetere Güter als Geld zu verwenden.⁷

Blickt man auf die Währungsgeschichte, so zeigt sich, dass die Menschen – wann immer sie die freie Wahl hatten – Edelmetalle, also Sachgüter, als Geld gewählt haben,

Mises formuliert die Volkswirtschaftslehre auf Basis der Praxeologie (als wissenschaftliche Methode) zu einer *a priori Handlungswissenschaft*. Siehe hierzu Mises, *Human Action*, 1–142; Rothbard, *Man, Economy, and State*, 1–77; auch Hoppe, *Praxeology and Economic Science*.

³ Mises, *Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel*, 57.

⁴ Siehe Mises, *Human Action*, 402–404.

⁵ Siehe hierzu Mises, *Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel*, 107–111. Er schreibt (S. 109–110): «Aus der Tatsache, dass der objektive Tauschwert des Geldes stets einer Anknüpfung an ein auf dem Markte zwischen dem Gelde und den übrigen wirtschaftlichen Gütern bereits bestehendes Austauschverhältnis bedarf, da das wirtschaftende Individuum anders schlechterdings nicht in der Lage wäre, ein Werturteil über das Geld abzugeben, folgt weiter, dass als Geld nur ein solches Objekt in Verwendung genommen werden kann, welches in dem Augenblicke des Beginnes seiner Tauschmittelfunktion bereits aufgrund anderweitiger Verwendung objektiven Tauschwert besessen hat. Darin liegt eine Zurückweisung jener Theorien, welche die Entstehung des Geldes auf ein Übereinkommen zurückführen, in dem sich die Menschen dazu verstanden hatten, an sich wertlosen Dingen durch eine Fiktion imaginären Wert beizulegen, und eine Bestätigung der Mengerschen Hypothese vom Ursprunge des Geldgebrauches.» Eine ausführliche praxeologische Erklärung findet sich in Mises, *Human Action*, 402–404.

⁶ Siehe hierzu Rothbard, *The Case for a Genuine Gold Dollar*, 2–4.

⁷ Dies entspricht der Kritik, die Rothbard, *The Case for a Genuine Gold Dollar*, 2–5, an Hayeks Idee eines Währungswettbewerbs geäussert hat.

allen voran Gold und Silber.⁸ Das erklärt sich durch die (physischen) Eigenschaften, die diese Edelmetalle gewissermassen zu einem *idealen Geld* machen: Edelmetalle sind knapp, homogen, haltbar, teilbar, prägnant, allgemein wertgeschätzt und sie weisen einen hohen Tauschwert pro Gewichtseinheit auf.⁹ So gesehen war (und ist) das Edelmetallgeld im wahrsten Sinne des Wortes *natürliches Geld*. Doch wie kommt es, dass heutzutage alle wichtigen Währungen der Welt kein Sachgeld mehr, sondern ungedecktes Papiergeld sind? Dieser Frage wird im nachstehenden Kapitel nachgegangen.

II. Verstaatlichung des Geldes

Mit Blick auf die heute anzutreffende Geldordnung bemerkte der amerikanische Ökonom Milton Friedman, «dass weltweit ein Währungssystem entstanden ist, das in der Geschichte ohne Beispiel ist; ein System, in dem alle wichtigen Währungen der Welt [...] mit einem nicht einlösbaren Papiergeldstandard operieren».¹⁰ In der Tat: Die grossen Währungen der Welt – ob US-Dollar, Euro, chinesischer Renminbi, japanischer Yen oder Schweizer Franken – sind sogenanntes Fiat-Geld (vom lateinischen fiat «so sei es»). Fiat-Geld zeichnet sich durch drei Eigenschaften aus.¹¹ (1) Fiat-Geld ist staatliches Monopolgeld. Es wird von staatlichen Zentralbanken produziert, die das Geldangebotsmonopol innehaben. (2) Fiat-Geld ist intrinsisch wertlos, es hat die Form von mit Tinte bedruckten Papierzetteln und Einträgen auf Computerfestplatten (Bits and Bytes). (3) Fiat-Geld wird (im Regelfall) durch Bankkreditvergabe produziert, durch Kredite, die nicht durch «echte Ersparnis» gedeckt sind; Fiat-Geld wird «ex nihilo» geschaffen.

Fiat-Geld kann nicht, wie die Lehren von Menger und Mises unmissverständlich und logisch widerspruchsfrei zeigen, auf natürliche Weise in die Welt gekommen sein. Der deutsche Ökonom Jörg Guido Hülsmann schreibt dazu: «Papiergeld ist niemals durch freiwillige Kooperation zustande gekommen. In allen bekannten Fällen wurde es durch Zwang und Nötigung eingeführt, manchmal unter Androhung der Todesstrafe.»¹² Der Blick in die Geschichte zeigt vielmehr, dass die Staaten, im Zuge eines durchaus langwierigen Prozesses, das Edelmetallgeld *zwangsweise* ersetzt haben

⁸ Eine lesenswerte Geschichte des Goldes gibt Bernstein, *The Power of Gold*; auch Kemmerer, *Gold and the Gold Standard*. Zur Rechtfertigung eines Goldgeldes siehe Sennholz, *Money and Freedom*, 61ff.; auch Rothbard, *The Case for a Genuine Gold Dollar*.

⁹ Siehe hierzu Rothbard, *The Mystery of Banking*, 6–8.

¹⁰ Friedman, *Geld regiert die Welt*, 253.

¹¹ Hier wird eine vereinfachte Darstellung für die Erscheinungsformen des Geldes gewählt. Ausführlich dazu Mises, *Theorie des Geldes und der Umlaufmittel*, 31–48.

¹² Hülsmann, *Die Ethik der Geldproduktion*, 200. Er argumentiert weiter: «Wie wir ausserdem gesehen haben, gibt es gute Gründe für die Überzeugung, dass Papiergeld von seinem ganzen Wesen her nur unter der fortgesetzten Verletzung von Eigentumsrechten – durch Monopole und Zahlungsmittelprivilegien – existieren kann.»

durch ungedecktes Papier- bzw. Fiat-Geld, das sie selbst monopolisiert haben. Wie erklärt sich dieses Ergebnis?

Die Frage lässt sich beantworten, wenn man sich das Wesen des Staates vor Augen führt. Der Staat ist der territoriale Zwangsmonopolist mit der Letztentscheidungsmacht: Er ist es, der alle Konflikte, die zwischen seinen Untergebenen auftreten, und die zwischen ihm und seinen Untergebenen auftreten, zu entscheiden hat. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein solcher Staat sicherstellt, dass er über genügend Einnahmen verfügt, um seine Ausgaben finanzieren zu können. Dazu muss er besteuern. Die offene Besteuerung stösst jedoch bekanntlich rasch an ihre Grenzen: Wird die Steuerlast zu gross, regt sich Widerstand bei den Besteuerten. Eine für den Staat attraktivere Form der Besteuerung ist die Ausgabe von eigenem Geld. Am besten für den Staat ist es sogar, wenn er die alleinige Hoheit über die Geldproduktion hat. Die Finanzierungsmöglichkeiten des Staates werden dann nämlich extrem ausgeweitet. Es ist also zu erwarten, dass der Staat – verstanden als territorialer Zwangsmonopolist – wenn erst einmal entstanden ist – auch die Hoheit über das Geld an sich reissen wird.

In seinem Buch «What has Government Done to Our Money?» (1963) zeigt Murray N. Rothbard (1926–1995) auf, wie der Staat in einem durchaus langwierigen, mit vielen Massnahmen verbundenen Prozess das freie Marktgeld durch sein eigenes, ungedecktes Papiergeld ersetzt.¹³ Rothbards Überlegung ist wie folgt: Der Staat findet zunächst ein Sachgeld vor. Weil er ein vitales Interesse hat, die Geldproduktion zu beherrschen, monopolisiert er das Münzwesen. Sodann sorgt er dafür, dass das bisherige Sachgeld mit einem Namen versehen wird, der nicht mehr an die physische Eigenschaft des Sachgeldes erinnert, sondern der das Geld mit ihm, dem Souverän, verbindet. Zum Beispiel wird der Goldtaler in Reichsmark umbenannt.

Weil der Staat ein grosses wirtschaftliches Interesse hat, die Geldproduktion vollends zu beherrschen und die Banken den Staat dabei bereitwillig unterstützen, verbünden sich beide. Der Staat erlaubt den Banken, neues Geld durch Kreditvergabe auszugeben. Zudem erlaubt er ihnen, bei Bedarf die Einlöseverpflichtung der Banknoten auszusetzen. Dieses Arrangement erhöht zwar die Fähigkeit der Banken, die Geldmenge per Kreditvergabe auszuweiten. Doch solange Sachgeld verwendet wird, geraten die Banken immer wieder in eine Klemme: Schliesslich geben sie mehr Banknoten aus im Verhältnis zu dem Sachgeld, das die Kunden bei ihnen hinterlegt haben. Den Banken droht daher stets die Zahlungsunfähigkeit.

Man wird daher übereinkommen, eine Zentralbank aus der Taufe zu heben. Damit die Zentralbank die volle Kontrolle über die Geldproduktion erhält, sorgen Staat und

¹³ Siehe Rothbard, *What Has Government Done to Our Money?*, insb. 49–87. Auch Hoppe, *Der Wettbewerb der Gauner*, 61–68.

Banken dafür, dass das Sach- durch ungedecktes Papiergeld ersetzt wird. Die Banken übergeben das Sachgeld, das die Kunden bei ihnen im Tresor hinterlegt haben, an die Zentralbank und die Zentralbank gibt ihnen dafür im Gegenzug ungedecktes Papiergeld. Gleichzeitig wird die Einlösbarkeit der ausstehenden Banknoten und Giroguthaben in das Sachgeld gesetzlich aufgehoben. Dieser Prozess fand seinen Abschluss spätestens am 15. August 1971 als die US-Administration unter Präsident Nixon (1913–1994) die Goldeinlösbarkeit des US-Dollar aufhob.

Rothbard zeigt mit seiner historischen Rekonstruktion auf, dass das Ersetzen des Sachgeldes durch ungedecktes Papiergeld, durch staatliches Zwangsgeld, unausweichlich ist, sobald der Staat – verstanden als der territoriale Monopolist mit dem ultimativen Rechtssprechungsmonopol – entstanden ist.¹⁴ Es stellen sich nunmehr zwei Fragen: (1) Wie ist das staatliche Geld – und damit auch der Staat, der es hervorbringt – aus ethischer Sicht zu beurteilen? (2) Welche ökonomischen Konsequenzen hat das Verwenden von Fiat-Geld und wie vergleichen sich diese Konsequenzen mit jenen in einem natürlichen Geldsystem? Diese zwei Fragen werden in den beiden folgenden Kapiteln beantwortet.

III. Die ethische Einordnung – ein Versuch

Die Ethik ist die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Frage: Wie verhalte ich mich als handelnder Mensch hier und jetzt richtig? Der preussische Philosoph Immanuel Kant (1724–1804) bietet das höchste, in der reinen Vernunft zu findende Beurteilungskriterium zur Beantwortung dieser Frage an: den *Kategorischen Imperativ*.¹⁵ Seine Grundform lautet: «Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.» Kants Kategorischer Imperativ (obwohl als Massstab der Sitten nicht unangefochten) ist «die Vollendungsstufe der praktischen Rationalität»¹⁶.

Folgt man Kant, so ist eine Handlungsregel dann ethisch begründet, wenn sie zwei Anforderungen erfüllt: (1) Sie muss universelle Geltung haben, muss also für jeden jederzeit und überall gelten; und (2) ihr Befolgen muss das menschliche Überleben sicherstellen. Eine Handlungsregel, die diese beiden Anforderungen erfüllt, ist das

¹⁴ Joseph Salerno spricht in diesem Zusammenhang vom Progressionstheorem: «Rothbard builds on the work of Mises and Menger in formulating what may be called a «progression theorem» of fiat money, a historico-logical account of how paper fiat money can and does come into being only as the result of a long series of government interventions which progressively undermines the market-evolved commodity standard.» Salerno, *Money, Sound and Unsound*, 49–50.

¹⁵ Kant formulierte den Kategorischen Imperativ in «Grundlegung zur Metaphysik der Sitten». Siehe hierzu auch Höffe, *Immanuel Kant*, 185–201.

¹⁶ Höffe, *Immanuel Kant*, 190.

unbedingte Respektieren des (Privat-)Eigentums.¹⁷ Jeder gehört sich selbst, hat Selbsteigentum an sich und seinem Körper. Zudem ist jeder der rechtmässige Besitzer der Güter, die er mit Einsatz seiner Arbeit produziert, bzw. die er in freiwilligen Tauschtransaktionen erworben hat. Wenn alle den Unterschied zwischen Mein und Dein akzeptieren, lassen sich Konflikte prinzipiell vermeiden – und sollten sie dennoch auftreten, dann ist es prinzipiell möglich, sie mit dieser Regel in objektiver Weise zu schlichten. Das unbedingte Respektieren des Eigentums stellt damit eine rationale ethische Regel für das Zusammenleben der Menschen in der Gemeinschaft dar.

Während Rothbard das Eigentum naturrechtlich begründet, zeigt Hoppe, dass es ein *a priori* ist (im Kantschen Sinne): eine Erkenntnis, die erfahrungsunabhängig, die selbstevident ist, die nicht widerspruchsfrei verneint werden kann. Hoppe führt das *a priori der Argumentation* von Karl-Otto Apel an: Man kann nicht widerspruchsfrei verneinen, dass der Mensch argumentiert. Würde man sagen: «Man kann auch nicht argumentieren!», so argumentiert man und widerspricht dem Gesagten. Argumentieren bedarf des Einsatzes des eigenen Körpers; ein körperloses Argumentieren ist nicht denkbar. Argumentieren setzt also, so Hoppe, Eigentum am eigenen Körper und das Recht auf den Erhalt dieses Körpers voraus. Damit gibt Hoppe Rothbards Rationaler Ethik ein logisches, ein nicht hintergegbares Fundament.

Wie ist vor diesem Hintergrund der Staat einzuordnen?¹⁸ Fragt man zunächst nach dem Ursprung des Staates, so könnte man zunächst auf die Idee kommen, der Staat sei unverzichtbar, weil ohne ihn Eigentum gar nicht entstehen könnte. Das aber kann nicht überzeugen. Denn damit so etwas wie ein Staat entstehen kann, muss es *zuvor* schon Eigentum gegeben haben, das sich der Staat nachfolgend gewaltsam aneignet. Ist es denkbar, dass der Staat durch einen von allen Beteiligten freiwillig geschlossenen Vertrag zustande gekommen ist? Die Antwort fällt ebenfalls negativ aus. Zum einen hat wohl niemand einen derartigen Vertrag jemals gesehen oder unterschrieben. Zum anderen ist – und das ist weitaus gewichtiger – eine derartige Vertragslösung (im übertragenen Sinne) eine Unmöglichkeit.

Niemand, der bei Sinnen ist, würde einen solchen Vertrag freiwillig unterschreiben – einen Vertrag, durch den er sich de facto in die *Sklaverei* begibt. Niemand würde freiwillig ein für alle Mal das Wohl und Wehe über seine Person und sein Eigentum an ein Monopol (das notwendigerweise aus einer Gruppe von Menschen besteht) abtreten, ein Monopol, das die Macht hat, Ausmass und Preis für seine Leistungen (allen voran Recht und Sicherheit) unilateral zu bestimmen. In einer Rechtsgesellschaft kann so

¹⁷ Siehe Hoppe, *On the Ultimate Justification of the Ethics of Private Property*. Er schreibt (S. 344): «By being alive and formulating any proposition, one demonstrates that any ethic except the libertarian private property ethic is invalid.»

¹⁸ Zu den folgenden Überlegungen siehe Hoppe, *On the Errors of Classical Liberalism and the Future of Liberty*, insb. 224–228.

etwas auch gar nicht geschehen, weil durch ein solches unwiderrufliches Unterwerfen das Individuum fortan nicht mehr uneingeschränkter Eigentümer seiner Person und seiner physischen Güter wäre. Ein unwiderrufliches Unterwerfen unter ein (Zwangs-)Monopol wäre unvereinbar mit dem Selbsteigentum und dem Eigentum an den selbst erwirtschafteten Gütern.

Könnte es vielleicht sein, dass ein Staat unverzichtbar ist, weil ohne ihn ein friedvolles Zusammenleben in der Gemeinschaft unmöglich ist? Das ist ein Floh, den Thomas Hobbes (1588–1679) seinen Lesern mit seiner Aussage «Homo homini lupus est» ins Ohr gesetzt hat. Man nehme einmal an, Hobbes hätte Recht: A und B bräuchten, um friedvoll miteinander zu leben, einen Staat S.¹⁹ Ohne ihn lebten A und B in Anarchie, würden in Streit und Kampf untergeben. Von S und von keinem anderen haben sie daher Schutz und Sicherheit nachzufragen und S allein bestimmt, was er ihnen dafür in Rechnung stellt. Mit anderen Worten: A und B werden S unterworfen. Das unveräusserliche Recht von A und B auf Eigentum ist damit aufgehoben.

Wer kontrolliert nun aber S, hinter dem sich ja notwendigerweise Menschen vom Typ A oder B verbergen? Es gibt keinen Grund, dass sich die Menschen, die die Macht von S ausüben, sich gegenüber A und B anders verhalten als A und B sich untereinander verhalten. Der logische Schluss wäre daher, den Staat S durch eine übergeordnete Instanz, den Staat S*, zu kontrollieren. Und S* müsste wiederum von S** kontrolliert werden – und so weiter und so fort. Konsequenz zu Ende gedacht, müsste ein Weltstaat errichtet werden, dem alle (A und B sowie auch S, S* und S** und so weiter) unterworfen sind. Doch wer kontrolliert dann den Weltstaat? Und vor allem: Auch solch ein Weltstaat wäre nicht vereinbar mit dem *a priori* des Eigentums; und wie jeder Nationalstaat könnte auch ein Weltstaat nur aus Aggression, aus Gewalt gegen das Eigentum des Einzelnen entstehen.

Dass heute der Staat der territoriale Zwangsmonopolist für Recht und Sicherheit mit der Macht zur Besteuerung ist, ist untrügliches Zeichen dafür, dass seine Machtstellung (irgendwann einmal) gewaltsam erzwungen wurde. Franz Oppenheimer (1864–1943) schreibt dazu: Der Staat «ist seiner Entstehung nach ganz und seinem Wesen nach auf seinen ersten Daseinsstufen fast ganz eine gesellschaftliche Einrichtung, die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezungen wurde mit dem einzigen Zwecke, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände und äussere Angriffe zu sichern. Und die Herrschaft hatte keinerlei andere Endabsicht als die ökonomische Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger».²⁰

¹⁹ Die Argumentation folgt Hoppe, *The Private Production of Defense*, 175–176.

²⁰ Oppenheimer, *Der Staat*, 15.

So gesehen ist der Staat unvereinbar mit dem unbedingten Respektieren des Eigentums. Mit anderen Worten: Der Staat ist eine unethische Einrichtung. Diese Erkenntnis hat natürlich Konsequenzen für die (ethische) Beurteilung staatlicher Handlungen, soweit sie das Geld bzw. die Geldproduktion betreffen. Eine Erkenntnis springt sofort und unmittelbar ins Auge: Es kann nicht ethisch vertretbar sein, wenn der Staat die Geldproduktion monopolisiert. Denn das bedeutet ganz offensichtlich, dass für den Staat andere Regeln gelten als für alle anderen: Dem Staat wird das Produzieren von Geld erlaubt, allen anderen wird es unmöglich gemacht bzw. es wird ihnen verboten.

Man kann nicht überzeugend argumentieren, die staatliche Monopolisierung des Geldes sei erforderlich, weil nur der Staat Geld – bzw. verlässliches Geld – bereitstellen könne. Die Arbeiten von Menger und Mises zeigen nämlich genau das Gegenteil: Geld ist ein Phänomen des freien Marktes und es ist dem Staat nur möglich, die Hoheit über das Geld zu erlangen, wenn er das Sachgeld, das er zunächst notwendigerweise vorfindet, durch sein eigenes Fiat-Geld gewaltsam ersetzt.

Auch der Verweis, staatliches Geld sei besser als das Geld, das der freie Markt hervorbringt, kann nicht überzeugen. In diesem Zusammenhang erscheint ein Zitat von Friedrich August von Hayek passend: «Obwohl Geld eine unerlässliche Voraussetzung für das Funktionieren einer erweiterten Ordnung der Zusammenarbeit freier Menschen ist, wurde es fast von seinem ersten Auftreten an vom Staat so schamlos missbraucht, dass es zur Hauptursache der Störungen aller selbstordnenden Prozesse in der erweiterten Ordnung menschlichen Zusammenwirkens wurde. *Die Geschichte des staatlichen Umgangs mit Geld ist, mit Ausnahme einiger kurzer glücklicher Perioden, eine Geschichte von unablässigem Lug und Trug.*»²¹

Letztlich scheitert auch der Versuch, die staatlich monopolisierte Geldproduktion ethisch zu legitimieren, indem man darauf verweist, Geld sei ein *öffentliches Gut*. Zwar lässt sich die Theorie der öffentlichen Güter ganz grundsätzlich als fehlerhaft entlarven und zurückweisen.²² Jedoch reicht an dieser Stelle schon der Hinweis aus, dass die Theorie der öffentlichen Güter aus sich heraus eine staatliche Monopolisierung der Geldproduktion nicht rechtfertigen kann. Nach ihr zeichnet sich ein öffentliches Gut durch zwei Eigenschaften aus: (1) Nicht-Ausschliessbarkeit im Konsum und (2) Nicht-Rivalität im Konsum. Als Beispiele für sogenannte öffentliche Güter wird häufig auf Leuchttürme und Landesverteidigung verwiesen. Bei einem öffentlichen Gut ist es rational für die Nutzer, eine «Trittbrettfahrerposition» einzunehmen: Sie setzen darauf, dass andere die bereitzustellende Leistung finanzieren, und dass sie nachfolgend kostenlos in den Genuss des öffentlichen Gutes kommen können. Das Resultat ist: Das

²¹ Hayek, *Die verhängnisvolle Anmassung*, 117; *kursiv vom Autor gesetzt*.

²² Siehe hierzu Hoppe, *Fallacies of the Public Goods Theory and the Production of Security*, 3–32; auch Rothbard, *Man, Economy, and State*, 1029–1041.

betroffene Gut wird nicht oder nur in unzureichender Menge und Qualität bereitgestellt. Daher, so die weit verbreitete Überlegung, sei nur der Staat in der Lage, das öffentliche Gut wie gewünscht bereitzustellen.

Doch diese Argumentation läuft beim Geld ins Leere. Geld ist kein öffentliches Gut. Keine der genannten Eigenschaften eines öffentlichen Gutes trifft für das Geld zu. Jeder Geldhalter kann Dritte von der Nutzung seines Geldbestandes ausschliessen. Und es besteht auch Rivalität bezüglich der Verwendung des Geldes: Die Geldeinheit, die Herr A ausgibt, kann Herr B nicht ausgeben. Eine Antwort auf die Frage, warum der Staat die Hoheit über die Geldmenge beansprucht, lässt sich mit der Theorie der öffentlichen Güter folglich nicht rechtfertigen. Die Erklärung, dass der Staat die Geldproduktion monopolisiert hat, muss also eine andere sein. Man findet sie in der aufgedeckten (praxeologischen) Theorie des Staates – wie sie Rothbard eindrücklich und unmissverständlich dargelegt hat.

Wenn die ethische Begründung des Staates nicht gelingt, wie ist dann zu beurteilen, dass er das Geld zwangsmonopolisiert hat? Diese Frage lässt sich beantworten, indem man sich die moralische Qualität von interpersonellen Transaktionen in einer natürlichen Geldordnung vor Augen führt. Die Geldverwender sind hier vollkommen frei, das Gut als Geld zu wählen, das sie für ihre Zwecke als das geeignetste ansehen. Diese Wahlfreiheit steht im Einklang mit dem unbedingten Respektieren des Eigentums: Jeder ist frei, das zu tun, was er tun möchte – soweit er dadurch nicht die physische Integrität des Eigentums anderer verletzt. Niemand darf gezwungen werden, etwas zu tun, was er aus freien Stücken nicht tun möchte.

Zwingt der Staat den Menschen sein Fiat-Geld auf – indem er andere Geldarten verbietet oder das Aufkommen von anderen Geldarten durch steuerliche oder regulatorische Massnahmen de facto verhindert –, so ist das offenkundig unmoralisch: Eine Gruppe von Menschen (diejenigen, die den Staat repräsentieren bzw. die ihn sich für ihre Zwecke dienstbar machen) verbietet es anderen Menschen, Güter auf einem freien Markt anzubieten, die sich als Geld etablieren können. Für unterschiedliche Menschen gelten hier ganz offensichtlich unterschiedliche Regeln und das kann ethisch nicht gerechtfertigt werden. Zumal Geld ein Phänomen des freien Marktes ist: Der Staat kann es nur beherrschen, indem er Zwang und Gewalt ausübt. Dass dieses Handeln ethisch nicht legitimierbar ist, ist evident.

IV. Ökonomische Konsequenzen

Vor dem Hintergrund der voranstehenden Erkenntnisse ahnt man es bereits: Das staatliche Fiat-Geld verursacht eine Reihe von ökonomischen – und damit auch politisch-sozialen – Problemen. Einige von ihnen sollen im Folgenden kurz aufgeführt werden.

Fiat-Geld ist inflationär

Es lässt sich ökonomisch zeigen, dass der Tauschwert einer Geldeinheit abnimmt, wenn die Geldmenge steigt (und zwar im Vergleich zu einer Situation, in der die Geldmenge nicht ausgeweitet worden wäre). Geld hat nur eine Funktion: die Tauschmittelfunktion. Da Geld ein Gut wie jedes andere ist (mit der Besonderheit, dass es das marktfähigste, das liquideste Gut ist), unterliegt es dem Gesetz des abnehmenden Grenznutzens: Mit steigendem Geldvorrat nimmt der Nutzen ab, den eine zusätzliche Geldeinheit stiftet. Mit anderen Worten: Steigt die Geldmenge in den Händen der Menschen, sinkt der Grenznutzen des Geldes. Früher oder später wird das weniger wertvolle Geld gegen andere Güter eingetauscht. Das steigende Angebot von Geld bzw. die steigende Nachfrage nach Gütern treibt die Preise in die Höhe, sorgen für Inflation.

Diese Erkenntnis gilt übrigens für jede Geldart, für Sachgeld genauso wie für staatliches Fiat-Geld. Allerdings fällt die inflationäre Wirkung des Sachgeldes (zumeist) geringer aus als die des Fiat-Geldes. Der eine Grund ist, dass sich das Sachgeld nicht beliebig (quasi auf Knopfdruck) vermehren lässt. Das Sachgeld – wie z. B. das Goldgeld – kann nur vermehrt werden, indem man auf aufwendige Produktionswege zurückgreift. Sie werden nur beschritten, wenn die Rendite der Geldproduktion mindestens so hoch ist wie die für andere Investitionen. Einem derartigen natürlichen Produktionsprinzip unterliegt Fiat-Geld nicht. Es wurde ja gerade deswegen geschaffen, weil es sich quasi kostenlos und nach politischen Beweggründen *de facto* jederzeit vermehren lässt. Folglich kann es nicht überraschen, dass Fiat-Geld sich als (weitaus) inflationärer als das Sachgeld erweist.²³

In seinem Buch «Krise der Inflationenkultur» (2013) zeigt Hülsmann weitere Folgen des inflationären Geldes auf.²⁴ Hierzu zählen beispielsweise ein zunehmend hektischeres Leben («Kurzatmigkeit») für diejenigen, die sich verschulden. Aber auch die Architektur leidet, weil zusehends ästhetische Anforderungen hinter kommerziellen zurückgestellt werden («Ökonomie der Hässlichkeit»). Vor allem aber zerrüttet inflationäres Geld auch das arbeitsteilige, produktive und damit auch friedliche Zusammenleben der Menschen. Das liegt daran, dass das Fiat-Geld unweigerlich für eine nicht-marktkonforme Verteilung von Einkommen und Vermögen sorgt.²⁵

²³ In diesem Sinne sieht Menger, Schriften über Geldtheorie und Währungspolitik, Edelmetalle als *unpolitisches Geld* an (S. 86–87): «Die Schwankungen im Weltpreise der Edelmetalle scheinen mir gegenwärtig immer noch geringere Gefahren in sich zu schliessen als die Regelung des inneren Tauschwertes des Geldes durch Regierungen oder soziale und politische Parteien.»

²⁴ Siehe Hülsmann, Krise der Inflationenkultur, insb. 233ff.

²⁵ In seiner Schilderung der deutschen Hyperinflation in den frühen 1920er Jahren schreibt Hjalmar Schacht: «Die Flucht in die Sachwerte ermöglichte es nicht nur den wohlhabenden Leuten, sondern insbesondere auch allen gewissenlosen Schiebern, ihr Vermögen zu retten und womöglich zu vermehren. Die Folge dieses Kampfes um Bereicherung und Vermögensverwaltung, unter Ausnutzung der

Fiat-Geld bewirkt eine nicht-marktkonforme Verteilung

Bei einer Geldmengenausweitung steigen die Güterpreise nicht gleichzeitig und mit der gleichen Rate an. Erst steigen die Preise der einen Güter, danach steigen die Preise der anderen Güter, und alle Güterpreise verteuern sich auch nicht im gleichen Ausmass. Wenn die Geldmenge erhöht wird, steigen die Preise zuerst in den Industrien und Sektoren, in denen das Geld zuerst verausgabt wird. Nach und nach erreicht das neue Geld die anderen Sektoren. Bereits der irische Bankier Richard Cantillon (vermutlich 1680–1734) erkannte diese Wirkung der Geldmengenausweitung: dass ein Ausweiten der Geldmenge verschiedene Menschen in unterschiedlichem Masse betrifft (Cantillon-Effekt).

Die ersten, die die neu geschaffene Geldmenge in die Hände bekommen, haben noch die Möglichkeit, zu unveränderten Preisen zu kaufen. Sie sind die Gewinner der Geldmengenausweitung. Diejenigen, die die neue Geldmenge spät erhalten, können die Güter und Dienstleistungen nur noch zu bereits gestiegenen Preisen kaufen. Sie (und natürlich diejenigen, die nichts von der neu geschaffenen Geldmenge erhalten) sind die Verlierer. Ein Ausweiten der Geldmenge macht folglich die Tauschtransaktionen nicht mehr für alle Beteiligten gleichermassen vorteilhaft. Vielmehr sorgt es für Gewinner und Verlierer. Das Fiat-Geld – weil es staatliches Zwangsgeld ist – steht im Konflikt mit dem Grundprinzip einer freien Marktordnung. Es ist, um eine verbreitete Redewendung zu verwenden, sozial ungerecht.

Fiat-Geld verursacht Boom und Bust

Das Ausgeben von Fiat-Geld verursacht – notwendigerweise – einen künstlichen Konjunkturaufschwung (Boom), der nachfolgend – und zwar ebenso notwendigerweise – in eine Krise (Bust) umschlagen muss. Diese Einsicht erklärt sich wie folgt. In einem Fiat-Geldsystem vergeben Banken neue Kredite an z. B. Staaten, Unternehmen und Konsumenten. Dadurch schaffen sie neues Geld per Kreditvergabe sprichwörtlich «aus dem Nichts»: Die Geldmenge steigt, ohne dass die Ersparnisse (der Konsumverzicht aus dem laufenden Einkommen) angestiegen wären.

Das zusätzliche Kreditangebot senkt die Zinsen im Kreditmarkt ab – und zwar unter das Niveau, das bestehen würde, wenn die Geldmenge nicht durch zusätzliche Bankkredite ausgeweitet worden wäre.²⁶ Sparer schränken daraufhin ihr Sparen ein zu

Unkenntnis der breiten Masse, führte zu einer moralischen Vergiftung des gesamten Geschäftslebens.», Schacht, 76 Jahre meines Lebens, 208.

²⁶ In einem freien Markt für Geld wird der Zins (gemeint ist hier der *natürliche Zins* oder *Urzins*) durch die soziale Zeitpräferenz bestimmt. In einem Fiat-Geldsystem, in dem neues Geld durch Bankkredite produziert wird, die nicht durch «echte Ersparnisse» gedeckt sind, fällt der Marktzins notwendigerweise unter den Urzins. Zur Erläuterung siehe Herbener, *The Pure Time-Preference Theory*; dass der Urzins nicht null oder gar negativ werden kann, siehe Polleit, *The «Natural Interest Rate» Is Always Positive and Cannot Be Negative*.

Gunsten von mehr Konsum. Gleichzeitig fragen Unternehmen mehr Kredite nach, um neue Investitionen auf den Weg zu bringen. Die Volkswirtschaft erfährt auf diese Weise einen künstlichen Aufschwung, beginnt gewissermassen über ihre Verhältnisse zu leben.

Wenn der einmalige Geldmengeneinschuss seine Wirkung entfaltet hat, verfliegt die Reichtumsillusion. Die Arbeitnehmer merken, dass ihre Einkommen nicht dauerhaft steigen. Daraufhin kehren sie zu ihrer ursprünglich präferierten Konsum-Spar-Konstellation zurück:²⁷ Man will nun wieder mehr sparen und weniger konsumieren. Die Rückkehr zur gewünschten Konsum-Spar-Relation ist nun aber folgenreich: Sie läutet das Ende des Booms und den Beginn des Bust ein, denn der Zins beginnt, auf sein ursprünglich höheres Niveau zurückzukehren.

Bei nunmehr gestiegenen Zinsen erweisen sich die Investitionen, die bislang attraktiv erschienen – insbesondere in den kapitalintensiven Sektoren – als unprofitabel. Unternehmer schränken ihre Produktion ein, Produktionsstätten werden geschlossen und verkauft, Arbeitskräfte werden entlassen. Viele Kreditnehmer sind nicht mehr in der Lage, ihren Schuldendienst vollumfänglich zu leisten. Banken erleiden Verluste und scheuen davor zurück, neue Kredite zu vergeben und fällige Kredite zu refinanzieren. Die monetäre Nachfrage gerät ins Stocken und der Boom schlägt in einen Bust um.

Boom-und-Bust macht eine Volkswirtschaft ärmer. Das liegt daran, dass knappe Mittel fehlgeleitet werden, dass sie also für Projekte eingesetzt werden, die weniger dringlich sind. Beispielsweise kann der Boom-und-Bust Bauruinen hinterlassen: Bauwerke, für die es – entgegen den ursprünglichen Erwartungen – nun doch keinen Bedarf gibt, und die keinen anderen Verwendungen mehr zugänglich gemacht werden können. Die Arbeitskraft, die zur Erstellung der Bauten aufgewendet werden musste, wurde im wahrsten Sinne des Wortes «in den Sand gesetzt». Das, was eigentlich notwendig gewesen wäre – das Errichten von Schulen und das Ausbilden von bestimmten beruflichen Fähigkeiten – ist unterblieben.

Fiat-Geld treibt die Volkswirtschaft in die (Über-)Verschuldung

Das Fiat-Geld lässt die gesamten Schulden in der Volkswirtschaft schneller wachsen als die Einkommen; Staaten, Unternehmen und Konsumenten laufen in eine Überschuldungsfalle. Wie erklärt sich das? In einem Fiat-Geldsystem sorgen die staatlichen Zentralbanken für günstige Finanzierungsbedingungen – insbesondere natürlich

²⁷ Der Grund ist, dass sich die Zeitpräferenz der Handelnden nicht geändert hat.

für Staaten.²⁸ Niedrige Kreditzinsen geben den Regierenden und Regierten einen grossen Anreiz, Ausgaben per Kredit zu finanzieren.

In der Regel sind die Ausgaben, die Staaten mittels Kredit finanzieren, konsumtiv. Sie mehren also die produktiven Kräfte der Volkswirtschaft nicht bzw. sie zeichnen sich durch eine sehr geringe Rentabilität aus. Deswegen sind Private auch nicht bereit, ihr eigenes Geld in derartige Projekte zu investieren. Durch das Finanzieren von unrentablen oder nur gering rentierlichen Staatsausgaben auf Pump – wie vor allem zur Sicherung der Wiederwahl von Regierungen – steigen im Zeitablauf die Staatsschulden stärker als die gesamtwirtschaftlichen Einkommen. Aber auch Unternehmen und Konsumenten unterliegen in einem Fiat-Geldsystem dem Anreiz, sich zu verschulden.

Die Folge ist, dass die gesamtwirtschaftliche Schuldenlast relativ zum Einkommen in die Höhe steigt. Die Volkswirtschaft wird im wahrsten Sinne des Wortes kreditsüchtig, gerät auf einen Pfad, der in die Überschuldung führt: Damit der schuldenfinanzierte Boom nicht zusammenbricht, senkt die Zentralbank die Zinsen im Zeitablauf immer weiter ab. Das vergrössert die Anreize für Schuldner, sich weiter zu günstigeren Konditionen zu verschulden – fällig werdende Schulden mit Krediten, die niedrigere Zinsen haben, abzulösen und auch neue Kredite aufzunehmen. Weil die Einkommenssteigerung hinter dem Zuwachs der Schulden hinterherhinkt, wächst die Schuldenquote immer weiter an.

Diskreditierung der freien Marktwirtschaft

Die Krisen, für die das Fiat-Geld sorgt, sind aus einem weiteren Grund volkswirtschaftlich problematisch. In der Öffentlichkeit werden sie in der Regel als «Versagen der freien Märkte» interpretiert. Das wiederum führt dazu, dass der Staat sich im Nachgang von (letztlich durch ihn selbst verursachte) Krisen in das Marktgeschehen eingreift – durch Vorschriften, Ge- und Verbote, Regularien etc. Die freie Marktwirtschaft wird auf diese Weise nach und nach unterwandert. Sie weicht einem Wirtschaftssystem, in dem nicht mehr der freie Markt, sondern der Staat über den Einsatz der Produktionsmittel und die Verteilung der Produktionsergebnisse befindet.

Mises erkannte, dass das Fiat-Geldsystem letztlich die freie Marktwirtschaft gefährdet: «Nichts hat die liberalen Wirtschaftsideoen und das kapitalistische Wirtschaftssystem ärger kompromittiert als der wiederkehrende Wechsel von fieberhafter Hausspekulation, dramatischem Zusammenbruch der Konjunktur und langanhaltender Depression. Die öffentliche Meinung gewöhnte sich daran, in den «Auswüchsen der Hausspekulation» und in den Widrigkeiten des Niedergangs Übelstände zu erbli-

²⁸ Indem Banken Kredite vergeben (und dadurch neues Geld schaffen), denen keine «echte Ersparnis» gegenüberstehen, wird der Marktzins künstlich herabgesenkt. Er fällt unter den «natürlichen Zins» (den «Urzins»), der durch die gesamtwirtschaftliche Zeitpräferenz bestimmt wird.

cken, die dem kapitalistischen System notwendigerweise anhaften. Sozialistische und interventionistische Ideen konnten allgemeinen Anklang finden, weil man in den Krisen eine unabwendbare Begleiterscheinung ‹freier› Wirtschaft zu sehen glaubte.»²⁹

V. Der logische Schluss: ein freier Markt für Geld

Angesicht der schwerwiegenden ethischen und ökonomischen Defizite des staatlichen Fiat-Geldes liegt die Lösung auf der Hand: Man sollte die Produktion des Geldes privatisieren, sie ganz und gar dem freien Markt überlassen. Bekanntlich bringt der freie Markt Resultate hervor, die jeden, der seinen Mitmenschen Wohlergehen gönnt, begeistern müssen: Mehr und bessere Güter zu immer niedrigeren Preisen. Und genauso wie der freie Markt für Bücher, Turnschuhe und Buntstifte bestens funktioniert, würde auch ein freier Markt für Geld tadellos funktionieren. Denn Geld ist ein Gut wie jedes andere Gut auch – mit der Besonderheit, dass das Geld das marktgängigste, das liquideste Gut ist.

In einem freien Markt für Geld steht es jedem Geldnachfrager frei, das Gut zu wählen, das aus seiner Sicht die Geldfunktion am besten erfüllt. Niemand würde dabei ‹schlechtes Geld›, sondern alle würden ‹gutes Geld› nachfragen. In einem freien Markt für Geld lässt sich zwar im Vorhinein nicht wissen, was als Geld gewählt wird. Im Zuge eines marktwirtschaftlichen Entdeckungsverfahrens lässt sich allerdings schon heute sagen, was ‹gutes Geld› ausmacht: Damit ein Gut als Geld funktionieren kann, muss es z. B. knapp, teilbar, haltbar, transportabel und allgemein wertgeschätzt sein. Edelmetalle, allen voran Gold und Silber, wären natürliche Geldkandidaten in einem freien Markt für Geld.

In einem freien Markt für Geld würde sich der Bankenmarkt aufspalten – und zwar in Depositenbanken und Kreditbanken.³⁰ Erstere bieten Lagerhaltungs-, Sicherungs- und Zahlungsabwicklungsdienste an, zweitere refinanzieren sich im Kreditmarkt und vergeben Darlehen an Unternehmen, Private und öffentliche Stellen. Kreditbanken würden also durch eine Kreditvergabe kein neues Geld schaffen, sie würden lediglich vorhandenes Geld vom Sparer zum Investor weiterleiten. Depositenbanken erzielen ihre Gewinne aus Gebühren, die sie für ihre Dienstleistung verlangen. Kreditbanken leben von der Zinsspanne, also der Differenz zwischen Soll- und Habenzins.

In einem Edelmetallgeldsystem könnten die Geldverwender natürlich weiterhin wie gewohnt mit Schecks, Kreditkarte, Lastschrift, Internet-Banking und über innovative Zahlungswege wie z. B. Apple Pay oder Paypal bezahlen. Das Edelmetallgeld muss nicht in Form physischer Münzen umlaufen, es lässt sich auch digitalisieren. Ebenso

²⁹ Mises, Nationalökonomie, 404.

³⁰ Eine Erklärung dazu findet sich bei Polleit und von Prollius, Geldreform, 77–86.

könnten auch neue Technologien – etwa die Blockchain – Verwendung finden, um physisch gelagerte Edelmetalle als Geld einzusetzen.³¹

Im Vergleich zum staatlichen Fiat-Geld hätte ein Edelmetallgeld, wenn es das Ergebnis eines freien Marktprozesses ist, eine Reihe von Vorteilen. Die Geldmenge wäre nicht mehr manipulierbar durch Regierungen und Zentralbanken. Das Geld und die Ersparnisse würden nicht mehr chronisch entwertet. Boom-und-Bust – die Folge der Fiat-Geldmengenvermehrung durch Bankkredite – fänden ein Ende. Vor allem auch der immer weiter ausufernde, freiheitszerstörende Staat würde in die Schranken verwiesen. Kurzum, Geld, das in einem freien Markt für Geld entsteht, ist ethisch akzeptables Geld.

Die ökonomische und ethische Überlegenheit eines marktwirtschaftlichen Geldes bringt vor allem eine Frage auf: Wie lässt sich das staatliche Fiat-Geldsystem in ein System des freien Marktgeldes überführen? Dazu liegt seit Langem eine Reihe von Vorschlägen vor. Beispielsweise haben Ludwig von Mises und Murray N. Rothbard Vorschläge gemacht, um das Fiat-Geld wieder an das Gold anzubinden, das noch in den Kellern der Notenbanken lagert. Ein solcher Schritt könnte damit verbunden werden, einen freien Markt für Geld zuzulassen. Die wirtschaftlichen und politisch-sozialen Schwierigkeiten, die eine solche Geldreform hätte, sollen an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden.

Es sei vielmehr abschliessend betont, dass das staatliche Fiat-Geld schwerwiegende ökonomische und ethische Defizite hat; dass ernste Zweifel anzumelden sind, ob es dauerhaft vereinbar ist mit einer freiheitlichen, produktiven und friedvollen Gesellschaftsordnung. Für Ludwig von Mises war klar, dass das Fiat-Geld die freie Marktwirtschaft nicht nur behindert, sondern sie zerstört. Er schrieb: «Es wäre ein Irrtum, wollte man annehmen, dass der Bestand der modernen Organisation des Tauschverkehrs für die Zukunft gesichert sei. Sie trägt in ihrem Innern bereits den Keim der Zerstörung. Die Entwicklung des Umlaufmittels muss notwendigerweise zu ihrem Zusammenbruche führen.»³²

Aus der Erkenntnis über die ökonomischen, vor allem aber auch über die ethischen Defizite des staatlichen Fiat-Geldes lässt sich eine moralische Verpflichtung ableiten: Das staatliche Fiat-Geld ist zu ersetzen durch marktwirtschaftliches Geld. Zweifelsohne wäre solch eine Geldreform für die Menschen in den Volkswirtschaften, die seit vielen Jahren Fiat-Geld verwenden, ein grosser Kraftakt: Sie wäre mit erheblichen wirtschaftlichen und sozialen (Umstellungs-)Kosten verbunden. Umso bedeutsamer für den Umsetzungserfolg sollten sich daher die ethischen Argumente erweisen, die für eine *Rückkehr zu besserem Geld* sprechen.

³¹ Siehe hierzu z. B. Polleit, How the Blockchain and Gold Can Work Together.

³² Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufmittel, 472.

Literatur

- Bernstein, P. L. (2000), *The Power of Gold. The History Of An Obsession*, John Wiley & Sons, Inc., New York et al.
- Friedman, M. (1992), *Geld regiert die Welt*, ECON Verlag, Düsseldorf et al.
- Hayek, F. A. v. (2011), *Die verhängnisvolle Anmaßung. Irrtümer des Sozialismus*, Hrsg. V. Vanberg, Mohr Siebeck, Tübingen.
- Herbener, J. M. (2011), *The Pure Time-Preference Theory*, edited by Jeffrey M. Herbener, Ludwig von Mises Institute, Auburn, US Alabama.
- Hoppe, H. H. (2012), *Der Wettbewerb der Gauner. Über das Unwesen der Demokratie und den Ausweg in die Privatrechtsgesellschaft*, Holzinger Verlag, Berlin.
- Hoppe, H. H. (2012), *The Private Production of Defense*, in: *The Great Fiction. Property, Economy, Society, and the Politics of Decline*, Laissez Faire Books, Baltimore, Maryland, S. 173 – 198.
- Hoppe, H. H. (2007), *Praxeology and Economic Science*, in: *Economic Science and the Austrian Method*, Ludwig von Mises Institute, Auburn, US Alabama, S. 7 – 48.
- Hoppe, H. H. (2006), *Fallacies of the Public Goods Theory and the Production of Security*, in: *The Economics and Ethics of Private Property*, Studies in Political Economy and Philosophy, 2nd edition, Ludwig von Mises Institute, Auburn, US Alabama, S. 3 – 32.
- Hoppe, H. H. (2006), *On the Errors of Classical Liberalism and the Future of Liberty*, in: *Democracy. The God That Failed, The Economics and Politics of Monarchy, Democracy, and Natural Order*, Transaction Publishers, New Brunswick, London.
- Höffe, O. (2014), *Immanuel Kant*, Verlag C. H. Beck.
- Hülsmann, J. G. (2013), *Krise der Inflationkultur. Geld, Finanzen und Staat in Zeiten der kollektiven Korruption*, FinanzBuch Verlag, Edition Lichtschlag, München
- Hülsmann, J. G. (2007), *Die Ethik der Geldproduktion*, Edition Sonderwege, Manuscriptum, Waltrop und Leipzig.
- Kemmerer, E. W. (1944), *Gold and the Gold Standard. The Story of Gold Money, Past Present and Future*, McGraw-Hill Book Company, Inc., New York und London.
- Menger (1871), *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Erster, Allgemeiner Theil*, Wilhelm Braumüller, Wien.
- Menger (1936), *Geld (1892, Neuauflage 1909)*, in: *Schriften über Geldtheorie und Währungspolitik*, The London School of Economics and Political Sciences, London, S. 1 – 116.
- Mises, L. v. (1998), *Human Action. A Treatise On Economics*, Scholar's Edition, Ludwig von Mises Institute, Auburn, US Alabama.
- Mises, L. v. (1912), *Theorie des Geldes und der Umlaufmittel*, Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig.
- Oppenheimer, F. (1990), *Der Staat*, 3. überarbeiteten Auflage von 1929, Libertad Verlag, Berlin.
- Polleit, T. (2016), *How the Blockchain and Gold Can Work Together*, Mises Daily Articles, 1. Februar 2016.
- Polleit, T. (2015), *The "Natural Interest Rate" Is Always Positive and Cannot Be Negative*, Mises Daily, Ludwig von Mises Institute, Auburn, US Alabama.

- Polleit, T., von Prollius, M. (2014), Geldreform. Vom schlechten Staatsgeld zum guten Marktgeld, FinanzBuch Verlag, Edition Lichtschlag, München.
- Rothbard, M. N. (2008), The Mystery of Banking, Ludwig von Mises Institute, Auburn, US Alabama.
- Rothbard, M. N. (2010), What Has Government Done to Our Money?, Ludwig von Mises Institute, Auburn, US Alabama.
- Rothbard, M. N. (2009), Man, Economy, and State, The Scholar' Edition, Ludwig von Mises Institute, Auburn, US Alabama.
- Rothbard, M. N. (1992), The Case for a Genuine Gold Dollar, in: The Gold Standard. Perspectives in the Austrian School, Hrsg. Llewellyn H. Rockwell, Ludwig von Mises Institute, Auburn, US Alabama.
- Schacht, H. (1953), 76 Jahre meines Lebens, Kindler und Schiermeyer Verlag, Bad Wörishofen.
- Salerno, J. T. (2010), Money, Sound and Unsound, Ludwig von Mises Institute, Auburn, US Alabama.
- Sennholz, H. F. (1985), Money and Freedom, Libertarian Press, Inc., Springs Mills.